

Ergebnisse und Materialien

Heft Nr. 2, Jahrestagung vom 4. bis 5. April in Frankfurt a. M.

In dieser Ausgabe:

<i>Bericht des Vorstands vom 4. April 2009.</i>	S. 1	<i>„Linke Sozialpolitik in Ländern und Gemeinden, Schwerpunkte, Perspektiven“. Diskussionsbeitrag. Von Martin Fochler.</i>	S. 11
Thema: Linke Außenpolitik		Vereinsnachrichten	
<i>Gibt es eine auswärtige Politik der europäischen Linken?</i>		<i>Protokoll der Jahrestagung vom 4./5. April 2009 in Frankfurt</i>	S. 12
<i>Welche Strategie gibt es für die Linke? Von André Brie.</i>	S. 2	<i>Haushaltsbericht (1.1.-31.12.08.)</i>	S. 13
<i>„Selbstbestimmung“ versus „Fremdbestimmung“? Zur Verfassungsklage der Partei Die Linke gegen den EU-Vertrag von Lissabon.</i>		<i>Kassenprüfung. Bericht für das Jahr 2008.</i>	S. 13
<i>Von Hunno Hochberger.</i>	S. 6	<i>Haushaltsplan für 2009.</i>	S. 13
Projektberichte		<i>Gründungserklärung des Vereins von 2008</i>	S. 14
<i>Politische Berichte – Schwerpunktbildung, Auflagenentwicklung, Kalkulation. Von Martin Fochler, Alfred Küstler.</i>	S. 9	<i>Satzung (aktueller Stand)</i>	S. 15

Bericht des Vorstandes vom 4. April 2009

Am 2. Dezember 2007 wurde in Frankfurt der „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ gegründet. Die Gründungsmitglieder vereinbarten folgende Tagesordnung:

- 1.) Diskussion und Verabschiedung einer Gründungserklärung zum „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“
- 2.) Diskussion und Verabschiedung einer Satzung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation (siehe auch Seite 14/16 dieses Hefts)
- 3.) Wahl des Vorstandes
- 4.) Sonstiges

Die Gründungsversammlung verabschiedete einstimmig die Gründungserklärung sowie eine Satzung des Vereins. Bei den Wahlen zum Vorstand kandidierten Brigitte Wolf und Christoph Cornides als Sprecher und Rüdiger Lötzer als Schatzmeister. *Brigitte Wolf* und *Christoph Cornides* wurden einstimmig zu Sprechern gewählt, *Rüdiger Lötzer* wurde einstimmig zum Schatzmeister gewählt. Sie bilden den Vorstand. Die Gründungsversammlung wählte einstimmig vier weitere Mitglieder für den erweiterten Vorstand. Als nicht eingetragene weitere Vorstandsmitglieder wurden bei der Gründung gewählt: *Jörg Detjen* (weiteres Vorstandsmitglied), *Martin Fochler* (weiteres Vorstandsmitglied), *Alfred Küstler* (weiteres Vorstandsmitglied), *Christiane Schneider* (weiteres Vorstandsmitglied).

Als Finanzrevisoren wurden bestellt:

Michael Ohse, Harald Gindra

Die Gründungsversammlung fasste mit großer Mehrheit die folgenden Beschlüsse:

- 1.) Die Gründungsversammlung beschließt einen Mindestbeitrag des Vereins von 5 Euro. Sie beauftragt den Vorstand mit dem Entwurf einer Beitragssatzung.
- 2.) Die Gründungsversammlung beauftragte den Vorstand, alle notwendigen Schritte zur Eintragung des Vereins in das Vereinsregister beim Amtsgericht Köln und zur Erlangung der Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu unternehmen.

Im April 2008 erfolgte die Eintragung des Vereins beim Vereinsregister Köln. Nach ausführlicher anwalt-

licher Rechtsberatung wurde durch den Vorstand entschieden, die Erlangung der Gemeinnützigkeit wegen mangelnder Erfolgsaussicht nicht weiter zu betreiben.

Im Mai 2008 wurde das Konto des Vereins eingerichtet: Kontoinhaber: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Konto Nr. 131122602 bei der Postbank, BLZ 50010060

In Verbindung mit der Vereinsgründung war besprochen worden, zeitgleich mit der Sommerschule der ArGe auch eine Tagung des Vereins durchzuführen. Dies ließ sich nicht realisieren.

Sodann wurde versucht, im Herbst 2008 eine Jahreshauptversammlung durchzuführen, was auf verschiedene Termin- und sitzungstechnische Schwierigkeiten stieß. Deshalb wurde einvernehmlich zwischen Vorstand und Vereinsmitgliedern die Durchführung einer erweiterten Vorstandssitzung für den Herbst 2008 vereinbart.

Dass somit die erste reguläre Jahreshauptversammlung nach der Vereinsgründung erst im April 2009 stattfindet, war auch deshalb vertretbar, da erst im April 2009 die Eintragung erfolgte. Zukünftig sollten die Jahrestagungen also ab dato jährlich im Frühjahr stattfinden.

Die erweiterte Vorstandssitzung im Herbst 2008 fand am 16. November 2008 in Fulda mit folgender Tagesordnung statt:

Austausch über die aktuelle politische Lage

Erster Erfahrungsbericht mit der Umstellung der Politischen Berichte

Finanzbericht 2007 / 2008, Finanzantrag für 2009

Vorbereitung unserer Jahresversammlung 2009: Terminvorschlag 4. – 5. April (Beginn der Osterferien)

Verschiedenes

Hauptaktivitäten der Vereinsmitglieder waren die Herausgabe der Politischen Berichte, wozu eine gesonderte Berichterstattung vorliegt.

Der Vorstand schlägt vor, dass der nächste Vorstand mit der Erarbeitung einer Regelung für Kostenerstattungen an Mitglieder des Vereins für Tätigkeiten entsprechend dem Vereinszweck beauftragt wird.

Frankfurt, 4.4.2009

Am Sonntag, den 5. April, befasste sich die Jahreshauptversammlung mit Fragestellungen und Perspektiven linker Außenpolitik, Schwerpunkt Europa. Die Diskussion leitete Wolfgang Freye mit kritischen Anmerkungen zum Europaparteitag der LINKEN ein (siehe auch Politische Berichte Nr. 3/2009). Für das Einleitungsreferat konnten wir André Brie gewinnen, sein Vortrag löste eine lebhafte und überwiegend zustimmende Diskussion aus. Hunno Hochberger hat seinen Diskussionsbeitrag schriftlich gefasst. André Brie folgte einem Referat, das er als MdEP, in Punto Rosso, Mailand, im Oktober 2008 gehalten hatte. Wir veröffentlichen diesen Text mit freundlicher Genehmigung des Autors, der bei der Bewerbung um einen aussichtsreichen Platz auf der Europa-Liste der Linken unterlegen war, und sich nun um ein Direktmandat für den Bundestag im Dreiländereck zwischen Polen, Tschechien und Deutschland bewirbt. Wir wünschen viel Erfolg.

André Brie

Gibt es eine auswärtige Politik der europäischen Linken? Welche Strategie gibt es für die Linke?

„Für die modernen Industrienationen gibt es keine ‚rechte‘ oder ‚linke‘ Außenpolitik. In den demokratischen Gesellschaften der Nachkriegszeit sind die großen außenpolitischen Weichenstellungen zumeist im Konsens erfolgt.“ Das schrieb der frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder im Sommer 1999 in seinem Beitrag „Eine Außenpolitik des ‚Dritten Weges‘“ für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“¹. Seitdem sind fast zehn Jahre vergangen und die Welt hat sich gründlich geändert. Die Anschläge vom 11. September 2001 und der von den USA und ihren Verbündeten geführte „Krieg gegen den Terror“, die Invasionen in Afghanistan und Irak, die damit verbundene Abwertung der UNO und der wiederholte Bruch des Völkerrechts, die Erweiterung der EU um süd- und osteuropäische Staaten, ihr nahezu hundertprozentiger Schwenk auf neoliberale Positionen und Politik sowie ihre forcierte Militarisierung, die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft, der Klimawandel und die weltweite Finanzkrise sind nur einige Stichworte dafür.

Zugleich entstanden in den vergangenen Jahren aber starke nationale und internationale Gegenbewegungen zu dieser Entwicklung. Die sozialen und Antikriegsproteste vor allem in EU-Staaten, das globalisierungskritische Netzwerk Attac und Bürgerbewegungen, das Erstarken der progressiven Kräfte beispielsweise in Deutschland, Griechenland und Zypern gehören ebenso dazu wie der Amtsantritt linksorientierter Präsidenten in süd- und lateinamerikanischen Staaten wie Venezuela, Bolivien oder Brasilien. Nicht zuletzt hat sich die weltweite und europäische Linke nach einer – langen – Zeit der Selbstfindung wieder über Ländergrenzen hinweg vernetzt und begonnen, gemeinsame Positionen zu entwickeln und umzuset-

zen. Die Frage, ob es linke oder rechte Außenpolitik gibt, stellt sich damit heute neu.

Außenpolitik war nie allein staatliche oder Regierungspolitik. Staaten sind zwar die wichtigsten Subjekte von Außenpolitik. Ihre völkerrechtliche Souveränität und ihr Charakter als „Subjekte des Völkerrechts“ verleihen dieser Seite von Außenpolitik daher auch einen anderen Charakter als innenpolitischen Prozessen. Doch auch in der bürgerlichen Literatur ist es unumstritten, dass auch „andere im internationalen Kräftespiel handlungsfähige Organisationen“ ihre Interessen und Ziele international und außenpolitisch verfolgen. Das gilt natürlich für internationale staatliche Organisationen, für große internationale und internationale Konzerne und Banken, aber auch für Parteien, soziale, politische und andere Bewegungen: „... die Fähigkeit zu außenpolitischer Aktivität (ist) nicht auf die souveränen Staaten, die ‚Subjekte des Völkerrechts‘ im juristischen Sinne, beschränkt ..., sondern (wohnt inne) auch überstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, ja sogar privaten Gesellschaften und Korporationen.“

Natürlich unterliegt Außenpolitik, insbesondere staatliche Außenpolitik, anderen Bedingungen als die verschiedenen Innenpolitiken und besitzt eine sehr, sehr große Spezifik, die nicht nur von der Linken oft unterschätzt wird. Ihre Veränderung und vor allem die ihrer völkerrechtlichen, vertraglichen und anderen internationalen Grundlagen ist in vielen Fällen nur langfristig möglich. Ihre statlichen Subjekte sind souveräne Staaten mit starken nachhaltigen internationalen Interessen und sehr unterschiedlichen Bedingungen. Rechtsnihilismus, wie ihn die US-Administrationen der Vergangenheit praktizierten, wie er aber auch mit entgegen gesetztem Vorzeichen auf dem Essener Parteitag der Linken beklatscht wurde („wir können nur die positiven Seiten des Völkerrechts gelten lassen“), stehen dem geltenden internationalen Recht entgegen. Es gibt sicherlich großen Bedarf, die völkerrechtlichen und vertraglichen Grundlagen internationaler Politik zu ändern und den heutigen Bedingungen anzupassen, insbesondere eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen und Organisationen, Antikriegs-, Abrüstungs-, ökologische und menschenrechtliche Orientierungen wirkungsvoll durchzusetzen, doch das ist nicht mit anderen innenpolitischen Mehrheiten in einem Staat und nur auf langwierigen Wegen und durch starke internationale Veränderungen, große und nachhaltige internationale Bewegungen und Auseinandersetzungen und durch weitreichende Veränderungen europäischer und globaler geistig-politischer Verhältnisse auf diesen Gebieten möglich. Selbst in den für die Abrüstung und Rüstungskontrolle schwarzen Jahren seit 1995 haben aber gerade gesellschaftliche Bewegungen mit den internationalen Konventionen zum Verbot der Landminen und der Clus-

Mit radikaler Realpolitik in den Wahlkampf:

Auf einer Versammlung der Mitglieder der Partei DIE LINKE des Bundestagswahlkreises 66, zu dem die Landkreise Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz (ohne Lübbenau) gehören, wurde am 28. März 2009 Dr. André Brie (59) zum Direktkandidaten gewählt. Er setzte sich mit 96 Stimmen gegen Matthias Baxmann (54) aus Massen, 15 Stimmen, durch.



Brie wird sich um keinen Listenplatz bewerben. Seine Partei rechnet sich allerdings gute Chancen aus, mit Brie erstmals ein Direktmandat in Südbrandenburg zu gewinnen. http://www.dielinke-osl.de/wahlen_2009/bundestagswahl/

termunition bewiesen, dass solche Möglichkeiten auch außerhalb der staatlichen Ebene geschaffen werden konnten, auch wenn die wichtigsten Produzenten und Nutzer solcher Waffen, wie die USA, Russland, China oder Israel den Verträgen bisher nicht beigetreten sind. Zudem gibt es auch außerhalb („unterhalb“ wäre ein falscher Begriff) rechtlicher und vertraglicher Änderungen beträchtliche nationale Spielräume für außenpolitische Veränderungen. Das Beispiel der norwegischen Linkspartei, die gegenwärtig Partner einer Mitte-Links-Regierung ist, zeigt solche Möglichkeiten, beispielsweise bei der Durchsetzung ziviler, ökologischer, menschenrechtlicher und sozialer Kriterien für die internationale Anlage der norwegischen Staatsfonds oder die aktive Abrüstungspolitik, aber auch Grenzen. So konnte in Abwägung mit innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen weder der Abzug der norwegischen Truppen aus Afghanistan noch eine Initiative zur Auflösung der NATO in den Koalitionsverhandlungen realisiert werden.

Es ist aber nicht die Frage, ob es eine linke Außenpolitik, eine Außenpolitik der nationalen und internationalen sozialistischen und kapitalismuskritischen Linken geben kann, sondern vor allem ob sich die Linke international und außenpolitisch als handlungsfähiges Subjekt erweist. Unter den Bedingungen von Internationalisierung und Globalisierung vieler Seiten gesellschaftlicher Entwicklung ist auch die politische Wirkungsmacht der Linken in ihren nationalstaatlichen Räumen immer mehr von ihrer Fähigkeit zu internationaler und – hinsichtlich der EU-Ländern – EU-europäischer Politik abhängig. Auf diese europäischen Aspekte konzentriere ich mich, obwohl andere Fragen nicht minder wichtig sind.

Um die Antwort auf die Frage vorweg zu nehmen: Will die Linke in den einzelnen europäischen Staaten und in ihren europaweiten Strukturen eine prägende Kraft werden, muss sie eine eigene, spezifische Außenpolitik entwickeln und realisieren. Damit ist bereits das erste Problem angerissen: Wie hält es die Linke mit Europa und der EU? Ich meine, dass der Rückzug in den Nationalstaat keine ausreichende Position sein kann. Im Gegenteil; ich bin überzeugt, dass für viele (nicht alle) Mitgliedsländer der EU gilt, dass ihre linken Parteien und Bewegungen eine aktive und offensive Haltung zugunsten der europäischen Integration einnehmen müssen, um sie zu einer sozialen, demokratischen und ökologischen Alternative gegen die sozialreaktionäre Zerstörungskraft der neoliberalen Globalisierung zu machen.

Um die Antwort auf die Frage vorweg zu nehmen: Will die Linke in den einzelnen europäischen Staaten und in ihren europaweiten Strukturen eine prägende Kraft werden, muss sie eine eigene, spezifische Außenpolitik entwickeln und realisieren. Das gilt insbesondere für Europa und die europäische Linke, um die es hier gehen soll. Damit ist bereits das erste Problem angerissen: Wie hält es die Linke mit Europa und der EU?

Europa – ein schwarzes Loch für die Roten?

Es ist wohl unbestritten, dass die Europäische Union eine entscheidende Triebkraft von Privatisierung, Markttradikalismus und neoliberaler Deregulierung ist. Die Linke lehnt daher die Vertragsgrundlagen der EU seit dem Maastrichter Vertrag und ihre praktische Politik entschieden ab. Insbesondere mit dem Monetarismus des Maastricht-Vertrags und der so genannten Lissabon-Strategie wird auf die Herrschaft der Märkte, der Finanzinstitute und des sozial zerstörerischen Wettbewerbs, darunter insbesondere auch des Standortwettbewerbs unter den Mitgliedsländern, gesetzt. Strittig sind jedoch die Schlussfolgerungen daraus. „Die PDS befürwortet die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union auf gleich-

berechtigter, solidarischer, ziviler und demokratischer Grundlage. Deshalb tritt sie nachdrücklich für eine Wende in der Integrationspolitik ein“, heißt es im Europawahlprogramm 2004 der deutschen PDS, der „östlichen Vorläuferin“ der LINKEN.² Ähnliche Formulierungen finden sich in den Programmen der meisten europäischen linken Parteien. Was die praktische Konsequenz hat, dass Widerstand der Linken gegen die aktuelle Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten dringend erforderlich ist – und noch deutlich stärker, öffentlich wirksamer und nachhaltiger werden muss. Das kann sich allerdings nicht nur auf Kritik an dem auf Eis liegenden Lissabon-Vertrag, über den noch zu sprechen sein wird, beschränken, sondern in gleicher Weise auch auf den geltenden Vertrag von Nizza und dessen Konsequenzen. „Nizza“ ist alles andere als eine positive Alternative, zumal der Vertrag auch für die empörenden Urteile des EuGH gegen das Streikrecht, soziale Vergabekriterien und Tarifbedingungen die rechtliche Grundlage ist. Nach meiner Überzeugung ist die inzwischen nicht mehr unwahrscheinliche Desintegration und Renationalisierung keine verantwortungsvolle Alternativen. Denn erstens würde sie die positiven historischen Seiten der bisherigen Integration sowie den sozialen, demokratischen und ökologischen Möglichkeiten der europäischen Integration nicht gerecht, die – zugegeben – allerdings gegenwärtig brach liegen. Sie wären das eigentliche Feld linken Nachdenkens und linker Kämpfe. Zweitens stünde am Ende der Desintegration ebenfalls eine neoliberale und sozial zerstörerische europaweite Freihandelszone, die aber anders als die EU nicht nur schwierige und unzureichende, sondern gar keine demokratischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten erlaubte. Drittens würden die Chancen, die europäische Integration für eine strukturelle Kriegsunfähigkeit und die Überwindung des zerstörerischen europäischen Nationalismus wenigstens auf dem europäischen Kontinent zu nutzen, vertan werden. Viertens schließlich sollten wir nicht ignorieren, dass die EU zwar ein Motor und Instrument des Neoliberalismus ist, er aber wesentlich durch die nationalen Regierungen und die nationalen Unternehmerorganisationen in den Staaten voran- und in die EU hinein getrieben wird.

Die Linke muss von der EU erweiterte nationalstaatliche Gestaltungsspielräume und Möglichkeiten sozialer und politischer Kämpfe in unseren Gesellschaften zurückgewinnen. Sie kann und muss zugleich die Europäische Union zum Kampffeld um die Verteidigung und Weiterentwicklung der europäischen Sozialstaatsmodelle gegen die neoliberale Globalisierung machen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die europäische Linke weder die europäische Integration der Rechten überlassen noch aufgeben darf. Offensichtlich stehe ich mit dieser Meinung nicht allein: „Weder Enthaltung noch Resignation können eine gute Antwort sein“, heißt es zu dieser Frage im Vorschlag einer Wahlplattform für die Partei der Europäischen Linke, die die FKP bereits auf ihrer Homepage zur Diskussion gestellt hat.³ Alternativen zum gegenwärtigen Europa seien möglich, dies erfordere jedoch „Ideen, Initiativen und eine unablässige Arbeit der politischen Akteure, der demokratischen Kräfte, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, der Repräsentanten der Zivilgesellschaft“.

Ich denke, dass die europäische Integration und eine europäische Sozialunion (die nicht die Priorität nationalstaatlicher Sozial- und Beschäftigungspolitik beeinträchtigt, sondern ihr positive europäische Rahmenbedingungen zur Seite stellt) zwei Seiten der gleichen Medaille sein können. Das eine ohne das andere wird scheitern. Und wer, wenn nicht die Linke, kann genau dies überzeugend artikulieren und dabei an die europa-sozialen Vorstellungen Jacques Delors' anknüpfen, die alle anderen politischen Kräfte, auch die Sozialdemokratie, aufgegeben haben? »

» Linke Außenpolitik im Hier und Heute

Eine geforderte linke Außen- und Europapolitik muss sich im Hier und Heute verwirklichen. Es fehlt nicht an Visionen und großen Worten, wohl aber an konkreten Konzepten, die realistisch, nachvollziehbar und somit letztlich auch „wählbar“ sind. Damit sind die zentralen Herausforderungen gesetzt: Frieden, soziale Union und Demokratie.

Die erste Herausforderung: Ein Europa des Friedens

„Die EU hat ihre Politik des dynamischen Engagements im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik fortgesetzt, auch durch eine aktive Rolle bei der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung, wobei sie einen wertvollen Beitrag zu den multilateralen Bemühungen zur Förderung von Stabilität, Sicherheit und Frieden in der Welt geleistet und deren Kohärenz und Wirksamkeit erhöht hat. Die Europäische Sicherheitsstrategie war nach wie vor richtungweisend für die weitere Entwicklung und Umsetzung der GASP“, heißt es erklärend im „Jahresbericht 2007 des Rates an das Europäische Parlament über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der GASP“⁴

Ganz praktisch bedeutet dies, dass die EU seit 2003 über 20 Missionen auf drei Kontinenten durchgeführt hat, im vergangenen Jahr waren es neun.⁵ „Wir müssen fähig sein zu handeln, bevor sich die Lage in Nachbarländern verschlechtert, wenn es Anzeichen für Proliferation gibt und bevor es zu humanitären Krisen kommt. Durch präventives Engagement können schwierigere Probleme in der Zukunft vermieden werden. Eine Europäische Union, die größere Verantwortung übernimmt und sich aktiver einbringt, wird größeres politisches Gewicht besitzen“, heißt es dazu in der angeführten Europäischen Sicherheitsstrategie⁶ vom Dezember 2003. Grundlagen dafür seien „die Wahrung und Weiterentwicklung des Völkerrechts“ (ebenda) sowie die Charta der UN.

Natürlich verweist auch der Lissabonner Vertrag – über den weiteren Umgang mit dem Abkommen nach dem irischen Nein debattierten gerade in diesen Tagen die Staats- und Regierungschefs der EU – in den Allgemeinen Bestimmungen zum Auswärtigen Handeln (Kapitel 1, Art. 21) auf Völkerrecht und UN-Charta.⁷ Dass es dabei weniger um Schutz vor Angriffen, sondern vor allem um die Sicherung „ihre(r) Werte, ihre(r) grundlegenden Interessen“ geht, wird im selben Artikel, als erster Buchstabe, bekräftigt. Und offensichtlich nicht nur um europäische Interessen: „Die Zusammenarbeit mit den USA erstreckte sich über das gesamte Spektrum internationaler Fragen – vom Nahen und Mittleren Osten, Afrika und den westlichen Balkanstaaten, einschließlich Kosovo, bis zu Nichtverbreitung und Terrorismusbekämpfung“, räumt der Jahresbericht 2007 über die GASP-Operationen ein.

Nicht nur vor diesem Hintergrund erscheinen insbesondere die Festlegungen im Lissabonner Vertrag zu einer „auf zivile und militärische Mittel gestützte(n) Operationsfähigkeit“ (Art. 42-1), zu „Missionen außerhalb der Union“ (ebenda) oder zur schrittweisen „Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union“ (Art.42-2) in einem ganz anderen Licht. Zumal im Artikel 43 gleich die ganze Welt zum Einsatzgebiet erklärt und alle militärischen Einsatzformen ermöglicht werden: „Die in Artikel 42 Absatz 1 vorgesehenen Missionen, bei deren Durchführung die Union auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann, umfassen gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konf-

likten. Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ Die Fähigkeiten dazu auszubauen, verlangt bereits Absatz 3 des Artikels 42: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Die Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (...) ermittelt den operativen Bedarf und fördert Maßnahmen zur Bedarfsdeckung, trägt zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei und führt diese Maßnahmen gegebenenfalls durch, beteiligt sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung und unterstützt den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten.“ Diese faktische Aufrüstungsverpflichtung ist wohl einmalig im Völkerrecht.

Sicher sind die Handlungsmöglichkeiten der Linken hinsichtlich außenpolitischen Entscheidungen vor allem in nationalen Rahmen, wie in den Parlamenten, gegeben. Die Tatsache, für die Außenpolitik „nicht verantwortlich zu sein“, entbindet sie jedoch keinesfalls von der Pflicht, nicht nur „den Finger in die Wunde zu legen“, sondern realistische Alternativen zum Militarisierungskurs der EU vorzulegen. Gerade im Europawahlkampf bietet sich die Chance dafür.

Die zweite Herausforderung:

Eine europäische Beschäftigungs- und Sozialunion

Noch unmittelbarer als in außenpolitischen Fragen werden die Menschen in der EU das Wirken – oder Nichtwirken – der Linken in sozialen Fragen erleben und bewerten. Auch auf diesem Feld haben sich in den vergangenen Jahren gravierende Veränderungen vollzogen. Über Jahrzehnte hat die europäische Integration trotz fehlender sozialer Dimension zu Wohlfahrt, wirtschaftlichem Wachstum und gestärkter Binnennachfrage beigetragen. Heute jedoch avanciert der neoliberale Markt- und Wettbewerbsradikalismus, der mit Dokumenten wie der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 und dem Vertrag von Maastricht (1992) begründet wurde, zur Grundbedrohung der europäischen Integration. Obwohl die Regierungen diese Verträge zu Schritten vertiefter Integration erklärten, stellen sie im Zuge ihrer Durchsetzung und Weiterführung bis hin zur Lissabon-Strategie von 2000⁸, dem Verfassungsvertrag und dem Lissabon-Vertrag in Wirklichkeit die europäische Einigung in Frage. Das in der Lissabon-Strategie konzipierte und in den Verträgen begründete Wettbewerbs-Europa bedeutet nicht nur die Gefährdung sozialer Bindungen, sondern auch ein Europa, in dem die Staaten mit harten Bandagen um die profitabelsten Kapitalverwertungsbedingungen durch niedrige Unternehmensteuern, Löhne, Sozial- und Umweltstandards und den Abbau demokratischer Partizipation ringen. In seinem Kern führt es die europäischen Gesellschaften nicht zusammen, sondern unweigerlich in einen Kapitalkostenwettbewerb gegeneinander. Die damit einhergehende soziale Spaltung, Ausgrenzung und Deklassierung von Millionen Menschen innerhalb der europäischen Staaten wird von der Linken zu Recht skandalisiert; gleichzeitig wird die europäische Seite jedoch vernachlässigt.

Mit dem Lissabon-Vertrag soll diese Politik auf eine verbindliche Grundlage gestellt werden. Zwar teilweise mit dem Adjektiv „sozial“ versehen, etwas verklausulierter und abgeschwächer als im Verfassungsvertrag, werden auch hier auf der einen Seite die Götter Wettbewerb und freier Markt beschworen, zugleich jedoch die soziale Wohlfahrt als europäische Aufgabe klein geredet und in die Verant-

wortung der Mitgliedstaaten übertragen. So heißt es im Artikel 3 des ersten Titels des Lissabonner Vertrags: „Die Union (...) wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. (...) Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ (Titel I, Gemeinsame Bestimmungen, Art. 3-3) Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union liest sich dies weit weniger verbindlich: „Die Mitgliedstaaten betrachten die Förderung der Beschäftigung als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und stimmen ihre diesbezüglichen Tätigkeiten (...) im Rat aufeinander ab, wobei die einzelstaatlichen Gepflogenheiten in Bezug auf die Verantwortung der Sozialpartner berücksichtigt werden.“ (Dritter Teil, Titel IX, Beschäftigung, Artikel 146-2) Auch die Sozialpolitik ist von einer „Vergemeinschaftung“ weit entfernt, wie die Festlegungen zu einem „angemessenen sozialen Schutz“, sozialen Dialog und die Bekämpfung von Ausgrenzung belegen: „Zu diesem Zweck führen die Union und die Mitgliedstaaten Maßnahmen durch, die der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union zu erhalten, Rechnung tragen.“ (Dritter Teil, Titel X, Sozialpolitik, Art. 151)

Will die Linke der Zerstörung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit in den Nationalstaaten wirkungsvoll entgegenzutreten, so muss sie zugleich für soziale Kohäsion und Solidarität in der EU eintreten, für eine europäische Binnenmarkt- und Ökologiepolitik, für die Reform des Maastrichter Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Novellierung des Statuts und der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, für einen entscheidenden europäischen Beitrag zur Reregulierung des Weltfinanzsystems sowie für europäische Standards bei Unternehmensteuern, Löhnen und Sozialleistungen. Daneben sollte sie sich für gewerkschaftliche Rechte und für eine europäische Politik engagieren, die sich für die weltweite Durchsetzung der Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Weltgesundheitsorganisation und des Kyoto-Abkommens einsetzt und diese Standards weiterentwickelt. Angebracht wäre es zudem, nicht zuletzt angesichts der immer weiter um sich greifenden Finanzkrise auch in Europa, die Vorstellungen des früheren EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors über eine europäische Wirtschaftsregierung und Sozialunion in die gesellschaftliche Debatte zurückzuholen. Der Streit für eine soziale Alternative ist in dieser Hinsicht untrennbar mit dem Kampf für ein vereintes Europa verknüpft.

Die dritte Herausforderung: Ein Europa der Demokratie und der Bürgermitsprache

Dass die Europäische Union ein gravierendes Defizit an Demokratie und Transparenz hat, zeigte sich nicht erstmals, aber beispielhaft, am Umgang mit dem französischen und niederländischen Nein zur EU-Verfassung und der Ablehnung des Lissabonner Vertrags in Irland. Wurde der Verfassungsvertrag schlicht nur ein wenig auffrisiert und als Lissabon-Abkommen erneut vorgelegt, hagelte es nach dem Negativ-Votum in Irland Pauschalschelte auf die dortige Bevölkerung – ohne die eigentlichen Gründe der Ablehnung zu analysieren und Konsequenzen daraus zu zie-

hen. Die Staats- und Regierungschefs scheinen fest entschlossen, das Lissabon-Abkommen in Kraft zu setzen. Ganz nebenbei holte die EU unter deutscher Ratspräsidentenschaft die Verhandlungen zurück in die Kaminzimmer – ein deutlicher Rückschritt gegenüber dem Konvent zur Ausarbeitung des Verfassungsvertrags, der wenigstens eine minimale Mitsprache der Zivilgesellschaft sicherte.

Tatsächlich liegt die mangelnde Demokratie in der EU auch darin begründet, dass die meisten Strukturen und Entscheidungsverfahren noch aus der Gründungszeit der Gemeinschaft stammen und für die heutigen Anforderungen, ganz zu schweigen von einer weiter vergrößerten Union, nicht mehr tauglich sind. Insbesondere bleiben die Rechte des Europäischen Parlaments beschränkt – auch wenn es im Lissabonner Vertrag Verbesserungen gibt, ebenso für die Mitsprache der nationalen Parlamente. Sich für die verstärkte und neben dem Rat gleichberechtigte parlamentarische Mitsprache und Mitentscheidung einzusetzen, ist eine vorrangige Aufgabe der europäischen Linken.

Zugleich geht es aber auch um eine unmittelbare Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen. Ein wichtiger und erster Schritt dazu sollte die Durchführung von Referenden über den Lissabon-Vertrag sein – national wie europaweit. Damit könnte auch das in diesem Abkommen vorgesehene und begrüßenswerte Bürgerbegehren, unabhängig vom Inkrafttreten des Vertrags, einen Schub erhalten.

Ein (linker) Ausblick

Die europäische Integration hatte eine epochale historische Leistung erbracht: Sie hat nach Jahrzehnten entsetzlicher kapitalistischer Kriege den Frieden zwischen den beteiligten Staaten gesichert. Dies war ein entscheidendes Element ihrer Akzeptanz in den Völkern und bleibt eine Aufgabe für die Einbeziehung weiterer Staaten. Die Integration hat das Wirtschaftswachstum beflügelt und – gewollt oder als „Nebeneffekt“ – zu einem gewissen Maß an sozialer Sicherheit beigetragen. Sie hat zudem die menschlichen und kulturellen Kontakte und Begegnungen auf einem Großteil des Kontinents wesentlich gefördert. Trotz ihrer gravierenden Defizite und wiederholten Krisen ist die europäische Integration daher für die Linke ein positiver Bezugspunkt ihrer Politik. Die berechtigte Kritik an der aktuellen Ausrichtung der europäischen Integration und Politik muss eine europafeindliche Haltung prinzipiell ausschließen. Die Nationalstaaten bleiben weiterhin ein wesentlicher politischer Raum für die erforderlichen demokratischen und sozialen Veränderungen. Unter den heutigen Bedingungen ist dieser allein jedoch nicht hinreichend. So wie im 19. Jahrhundert die nationalen Kämpfe und politischen Institutionen von der Arbeiterbewegung und anderen politischen und sozialen Kräften für die Fesselung des Manchester-Kapitalismus und darüber hinaus weisende Alternativen genutzt wurden, muss und kann die politische Linke neben den innerstaatlichen Möglichkeiten heute den europäischen Rahmen erschließen. Nur: Sie muss diese Aufgabe auch annehmen.

- 1 <http://library.fes.de/gmh/jahresin.html>
- 2 <http://archiv2007.sozialisten.de/download/dokumente/wahlprogramme/europawahlprogramm2004.pdf>
- 3 <http://www.pcf.fr/spip.php?article3114>
- 4 http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/DE_PESC.pdf
- 5 <http://www.consilium.europa.eu/showPage.asp?id=268&lang=EN&mode=g>
- 6 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>
- 7 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st06655-re01.de08.doc>
- 8 <http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/2327D88E-1ED4-4CAE-9C7C-B67053C66DBC/0/SchlussLissabon2000.pdf>

„Selbstbestimmung“ versus „Fremdbestimmung“?

Zur Verfassungsklage der Partei Die Linke gegen den EU-Vertrag von Lissabon

Im Folgenden werden drei Gründe benannt, nach denen die Klage der Partei Die Linke vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gegen den EU-Vertrag von Lissabon im Hinblick auf ihre historische Verantwortung gegenüber unseren europäischen Nachbarn sowie im Hinblick auf ihre eigene antifaschistische Tradition und Kultur unbedingt hätte unterbleiben müssen.

1. Die Linke vor dem BVerfG: Faktische Integration in ein längst vom rechten Lager besetztes Feld

Die Berichterstattung des Wochenblatts *Die Zeit* zum o.a. Klageverfahren vor dem BVerfG charakterisiert die Absicht und die Zusammensetzung der dortigen Klägergruppe wie folgt: „Von Dienstag [10.2.2009/H.H.] an ... wird Karlsruhe über sechs Klagen gegen den Vertrag von Lissabon verhandeln, der die europäische Integration vorantreiben soll, ... Wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft trete, dem Bundestag und Bundesrat im Frühjahr 2008 mit großer Mehrheit zugestimmt haben, dann werde, so behaupten die Kläger, das Parlament in Berlin entmachtet, und Deutschland höre auf, ein souveräner Staat zu sein. Der Vertrag ... zentralisiere die Macht in Europa und gefährde die Rechte der Bürger. – Um das zu verhindern, hat sich eine schillernde Koalition zusammengefunden. Gegen ‚Lissabon‘ klagten der CSU-Politiker Peter Gauweiler [unterstützt von den beiden Professoren A. Schachtschneider und D. Murswiek /H.H.], eine Gruppe um den ehemaligen [CSU-]Europa-Parlamentarier, den Sohn des Hitler-Attentäters Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, und den Tübinger Volkswirtschaftslehrer Joachim Starbatty, ... [Zu dieser Gruppe gehören außerdem: ‚der ehe-

malige Vorstandschef der Thyssen AG, Dieter Spethmann, und der Berliner Juraprofessor Markus Kerber¹/H.H.]. Dazu der Vorsitzende der konservativ-ökologischen ÖDP, Klaus Buchner, sowie die Linksfraktion im Bundestag ... Gern sehen sich die Kläger ... als Volkstribüne, die aussprechen, was die Mehrheit denkt, die politischen Eliten aber nicht hören wollten. Einig sind sich die Kläger von links und rechts in dem Vorwurf, der Vertrag verschärfe das Demokratiedefizit der EU...“²

Die *Süddeutsche Zeitung* stellte nach den ersten beiden Verhandlungstagen vor dem BVerfG „die sehr bunt gemischte Truppe der Kläger“ im Einzelnen wie folgt vor: „Für den CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler sagte sein Prozessbevollmächtigter Dieter Murswiek (Freiburg), ...[es] entstehe ein ‚staatsanaloges Konstrukt‘ auf Kosten der Souveränität der Bundesrepublik und der anderen Mitgliedsstaaten. Das ‚notorische Demokratie-Defizit der EU‘ werde durch den Vertrag nur noch vergrößert... Ähnlich heftig äußerte sich Oskar Lafontaine für die Linke... – Für die Gruppe um Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, Ex-Thyssen-Chef Spethmann und den Wirtschaftswissenschaftler Joachim Starbatty ging der Wirtschaftsjurist Marcus C. Kerber gegen den Vertrag vor. Er betonte, seine Gruppe sei keineswegs gegen eine europäische Integration. Die Kläger wehrten sich aber dagegen, dass sich insbesondere die EU-Kommission ‚usurpatorisch‘ Kompetenzen gebe, die ihr nicht zustünden...“³ Neben den hier zitierten überregionalen Presseorganen hat sich u. a. auch der von ARD/ZDF gemeinsam betriebene Ereignis- und Dokumentations-TV-Kanal Phönix mit dieser Sache befasst. Er hat deren Hauptargumente weitgehend in derselben Weise zusammengefasst wie die o.a. Presseberichterstattung.⁴

Diese Berichterstattung wirkt auf zweierlei Weise zurück



Bundesarchiv, Bild 183-L12788
Foto: Teschendorf | Juni 1940

auf die öffentliche Wahrnehmung und die öffentliche Meinungsbildung. Zum einen verdichtet sie die durchaus unterschiedlichen Interessenlagen bzw. Klageargumente der einzelnen Klägerseiten zu folgendem übergreifenden Konsens: Infolge des Lissabonvertrags wird Deutschland seiner staatlichen Souveränität und werden die Bürger ihrer demokratischen Rechte beraubt – durch Zentralisierung der Macht bei einer überstaatlichen Instanz, der EU bzw. der EU-Kommission. Zum andern trägt diese Berichterstattung dazu bei, dass sich eine weitere – am Verfahren nicht beteiligte – „Kläger“-Seite in diesem Konsens mit unterbringen kann. Spätestens hier wird nicht nur der fließende Übergang vom rechten Konservatismus zum Rechtsextremismus deutlich – getragen insbesondere von Gauweiler, Schachtschneider, Starbatty und Murswiek, die diesem Spektrum (mit unterschiedlicher eigener Akzentsetzung) zugeordnet werden können.⁵ Sondern hier wird vor allem auch deutlich wer eigentlich das ursprüngliche Patent innehat auf jene Argumentation: In einem Beitrag mit dem Titel „[Der] Vertrag von Lissabon ist die Erdrosselung der Demokratie“ umreißen die Herausgeber ihre eigene Position in dieser Sache wie folgt: „Der NPD wird ständig vorgeworfen, sie sei eine verfassungsfeindliche Partei. Dieselbe herrschende politische Klasse, die vorgibt, das Grundgesetz und die Demokratie vor der NPD beschützen zu müssen, betreibt allerdings schon lange unter dem Deckmantel der Legalität eine schleichende konsensgestützte Aushöhlung und Erdrosselung des BRD-Grundgesetzes. Ausgerechnet am 23. Mai [2008], dem Tag des Grundgesetzes, wurde mit ihrer Zustimmung der sog. Vertrag von Lissabon ratifiziert und damit dem Grundgesetz der entscheidende Schlag versetzt. Mit Lissabon wird die Abgabe der nationalstaatlichen Souveränität an die EU auf die Spitze getrieben ... In diesem überdimensionalen EU-Gebilde haben die Völker nichts mehr zu sagen. Eine EU-Kommission als eine Art Politbüro mit einem kompetenzlosen Parlament als Staffage herrscht diktatorisch über Europa, ohne dass die Völker die Exekutive abwählen könnten. Nationale Gesetze, das Grundgesetz der Bundesrepublik wird zur Farce...“⁶

Was voraussehbar war, weil dieses Feld längst vom rech-

ten Lager besetzt ist – und was insofern im vorhinein politisch in Rechnung gestellt werden konnte von der jetzigen Klägerseite Die Linke – ist somit folgendes: Das Thema „Lissabonvertrag“ bzw. „EU“ kann mittlerweile in der öffentlichen Meinungsbildung mit folgender Zuspitzung aufbereitet werden: „(Nationale) Selbstbestimmung“ versus „(supranationale) Fremdbestimmung“. Man muss insofern damit rechnen, dass die Konsensformel „Demokratiedefizit der EU“ – verstanden als „Defizit in Sachen Herrschaft des Volkes in der EU“ – zur Re-Etablierung des (spezifisch deutschen), vom Haß auf „das Fremde“ bzw. auf „die Universalität der Völker“ (Ernst Moritz Arndt, 1803) geprägten, völkischen Volksbegriff⁷ genutzt werden wird.

2. Im kollektiven Gedächtnis des übrigen Europa fest verankert: Das NS-Projekt eines Deutscheuropas (1938–45)

Es macht hier besonderen Sinn, die Auseinandersetzung um den Lissabonvertrag bzw. die EU insgesamt vor dem Hintergrund jenes vorangegangenen Projekts einer „Vereinigung Europas“ unter deutscher Vorherrschaft zwischen 1938 und 1945 zu betrachten. Der 1950/51 begonnene EU-Prozess kann nicht nur – er muss als Gegenentwurf zu diesem Projekt begriffen werden, das sich seitens seiner Betreiber in der Kontinuität der Reichsidee verstand und das in Feststellungen der Anklageschrift des Nürnberger Tribunals – d.h. lediglich wenige Jahre zuvor! – wie folgt charakterisiert wurde: „E. Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums. Die Angeklagten nutzten die Einwohner und die materiellen Hilfsquellen der von ihnen besetzten Länder rücksichtslos aus, um die Nazi-Kriegsmaschine zu stärken, das übrige Europa zu entvölkern und auszusaugen, sich selbst und ihre Anhänger zu bereichern und die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Europa zu fördern. Die Angeklagten machten sich unter anderem folgender Handlungen und Schandtaten schuldig:

1. Sie setzten den Lebensstandard der Bevölkerung in den besetzten Ländern herab und verursachten Hungersnot, indem sie die besetzten Länder ihrer Lebensmittel beraubten, um sie nach Deutschland zu verschleppen.

2. Sie beschlagnahmten in allen besetzten Ländern Rohstoffe und industrielle Maschinen, schafften sie nach Deutschland und benutzten sie im Interesse des deutschen Kriegseinsatzes und der deutschen Volkswirtschaft.

3. Sie beschlagnahmten in verschiedenem Ausmaß in den besetzten Ländern Geschäftsunternehmungen, industrielle Anlagen und anderen Besitz. (...).

5. Sie führten eine ausgedehnte Kontrolle über die Volkswirtschaft der besetzten Länder ein, verwendeten deren Hilfsquellen, Produktionen und Arbeitskraft im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft und entzogen auf diese Weise den Einwohnern die Erzeugnisse der lebenswichtigen Industrien.

6. Durch die verschiedensten Machenschaften beraubten sie die besetzten Länder ihrer lebenswichtigsten Güter und angesammelten Reichtums, setzten den Wert der Landeswährung herunter und brachten die Wirtschaft des Landes zum Zerfall...

8. In weiterer Entwicklung ihres Planes zur verbrecherischen Ausbeutung zerstörten sie in den besetzten Gebieten Industriestädte, Kulturstätten, wissenschaftliche Institute und Besitz aller Art, »



Bild oben: Sommer 1943: Am Bahnhof von Romans/Frankreich versuchen Einwohner die Abfahrt des Zuges mit zwangsrekrutierten Arbeitern nach Deutschland gewaltsam zu verhindern.

Bild links: Aus dem Bundesarchiv: Deutsche Besatzungssoldaten in Paris.

» um so die Möglichkeit einer Konkurrenz mit Deutschland auszuschalten.

9. (...) Sie verschafften sich und ihren Anhängern: (...) d) Die Grundlage für die industrielle Oberherrschaft Deutschlands...“⁸

Was hier verdeutlicht werden soll, ist folgendes: Das besiegte Deutschland verfügte – aufgrund dieser systematischen Ausplünderung der besetzten Länder sowie aufgrund der systematischen Ausnutzung ihrer Einwohner für Zwangsarbeit – nach seiner Niederwerfung – (trotz aller Bombardierungen!) über ein größeres Industriepotential als je zuvor. Dieser Tatbestand machte Deutschland insofern immer noch zu einer Bedrohung für seine übrigen europäischen Nachbarn. Hier, an dieser – man kann sagen: – Tragödie hat die geschichtliche bzw. politische Verantwortung der deutschen Seite anzusetzen! Auch das konnte in Rechnung gestellt werden von der jetzigen Klägersseite Die Linke.

3. Unsere Nachbarn haben den EU-Prozeß von Anbeginn (1950/51) als Gegenentwurf zu Deutscheuropa begriffen

Im oben zitierten NPD-Beitrag zum Lissabonvertrag findet sich u.a. auch folgende Feststellung: „Vergessen wir nicht, dass die EU seit ihren ersten Anfängen als ‚Montanunion‘ eine antideutsche Ausrichtung in sich trägt, das Bestreben, durch überstaatliche Bürokratien Deutschland, seine Souveränität, seine Rohstoffe und seine Industrie zu kontrollieren.“ Hier wird durchaus begriffen, dass ein erneuter Versuch der Wiederaufrichtung jenes o. a. NS-Projekts durch die Montanunion-Initiative unserer Nachbarn ein für allemal verhindert werden sollte. Der französische Unternehmer und konservative Politiker, Jean Monnet, der tatsächliche „Vater“ des sogen. ‚Schumannplans, der hinführte zur ‚Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl/EGKS (Montanunion)‘, hat die damalige Notwendigkeit der Einbindung Deutschlands in den gemeinsamen wirtschaftlichen Wiederaufbau in seinem Memorandum vom 3.5.1950 wie folgt begründet:

„Die Wiederaufrichtung Frankreichs wird nicht mehr weitergehen, wenn die Frage der industriellen Produktion Deutschlands und seiner Konkurrenzkapazität nicht schnell eine Regelung findet. Die Grundlage für die Überlegenheit ... liegt darin, daß es Stahl zu einem Preis produziert, mit dem Frankreich nicht konkurrieren kann ... Schon verlangt Deutschland, seine Produktion von 11 auf 14 Millionen Tonnen zu erhöhen. Wir werden diese Forderung ablehnen, aber die Amerikaner werden darauf bestehen. Dann werden wir Vorbehalte machen, und schließlich werden wir nachgeben. Zur gleichen Zeit stagniert die französische Produktion; sie geht sogar zurück...– Mit der vorgeschlagenen Lösung verschwindet die Frage der Herrschaft der deutschen Industrie, deren Existenz in Europa eine Furcht verursachen würde, die Grund ständiger Unruhe wäre, schließlich die Vereinigung Europas verhindert und Deutschland erneut in den Abgrund stürzt. Diese [Montanunion-]Lösung schafft im Gegensatz dazu für die Industrie sowohl in Deutschland als auch in Frankreich Bedingungen gemeinsamer Expansion in der Konkurrenz, wobei jede Form von Beherrschung fortfällt...“⁹

Unsere Nachbarn, das wird hier deutlich, befanden sich somit wenige Jahre nach der deutschen Kapitulation in einer Situation, die sie zum Wagnis eines kalkulierten Risikos zwang – sowohl im eigenen Interesse wie auch im deutschen Interesse. Um die deutsche Seite in den gemeinsamen Wiederaufbau einbinden zu können, musste deren Interesse an der Aufhebung der Alliierten Sanktionen (die sich als positive Diskriminierungen verstanden) auf eine Weise Rechnung getragen werden, die gleichzeitig dem Si-

cherheitsinteresse unserer Nachbarn (vor dem deutschen Übergewicht) Rechnung trug. Das Projekt der Montanunion hat dies durch die Verknüpfung von politischer Nicht-Diskriminierung (gleiche Augenhöhe!) und wechselseitiger wirtschaftlicher Vorteilsnahme gelöst. Aus den bislang veröffentlichten Archiv-Dokumenten¹⁰ zu den Verhandlungen um den EGKS-Vertrag (1950/51) sowie um den späteren EWG-Vertrag (1955/57) geht u.a. hervor, dass die deutsche Seite das Angewiesen-sein ihrer Nachbarn auf den Verbleib Deutschlands im Montanunion-Projekt (und später im EWG-Projekt) von Anbeginn für die Durchsetzung der eigenen ordo-liberalen (heute: neoliberalen) Politik zu nutzen wusste. Dies betraf v.a. sämtliche Bestrebungen der Verankerung von sozialstaatlichen (Mindest-)Standards sowie ihrer fortschreitenden Harmonisierung, die entweder von Frankreich oder von den Benelux-Staaten oder von Italien ausgegangen sind. Für Vieles, wofür heute „die EU“ von deutscher Seite kritisiert bzw. verantwortlich gemacht wird, ist somit in erster Linie Deutschland selbst zur Verantwortung zu ziehen – und zwar von Anbeginn. Auch das ist ein Grund, warum Die Linke den Gang nach Karlsruhe hätte unterlassen müssen.

Quellen:

- 1 Andreas Rinke/ Bundesverfassungsgericht – Neue Klage gegen EU-Vertrag von Lissabon; in: Handelsblatt – 27.01.2009
- 2 Heinrich Wefing/ Verfassungsgericht – Bis hierher, Europa – Was darf Brüssel? Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe prüft Klagen gegen den Vertrag von Lissabon; in: Die Zeit, 05.02.2009 Nr. 07
- 3 Helmut Kerscher/Europas Reformvertrag wird in Karlsruhe zerlegt...; in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 34 – 11.02.2009, S. 5
- 4 Matthias Schöbert/Bundesverfassungsgericht verhandelt Vertrag von Lissabon – Kläger sehen Souveränität verletzt...; in: Phoenix, online – ohne Datumsangabe, vermutlich 12.02.2009
- 5 Prof. Murswiek/Freiburg war früher NPD-Mitglied und ist dann zur CDU übergetreten; Prof. Schachtschneider/Erlangen-Nürnberg ließ sich u.a. von der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag als Sachverständiger für eine Anhörung in Sachen EU-Integration (September 2005) benennen; das Europa-Wahlprogramm 2004 der NPD bezieht sich namentlich auf ihn und Prof. Starbatty; Starbatty tritt außerdem seit Jahren als Referent bei diversen Burschenschaft-Treffen auf
- 6 NPD/Kreisverband Freiburg-Südlicher Oberrhein; Archiv – 31. Mai 2008; siehe außerdem: Europa-Programm der NPD, Glossar: Staat, Souveränität (Carl Schmitt!), Sozialprinzip (Schachtschneider/Starbatty!)
- 7 Boris Naumann/Tradition völkischen Denkens in Deutschland und die Entstehung des ‚deutschen Volkes‘- zweiteilige Doku. (<http://www.unischaf.gmxhome.de/archiv/0203/35735.html>); außerdem: Alexander Unger/Burschenschaftliche Tradition = demokratische Tradition? – überarbeiteter Vortrag/Veranstaltungsreihe ‚Studentische Denkwelten‘ – AStA-Kulturreferat/TU Darmstadt, März 1999
- 8 [Der Nürnberger Prozeß (NP): Anklage, S. 71 ff. Digitale Bibliothek Band 20: Der Nürnberger Prozeß, S. 351 (vgl. NP Bd. 1, S. 59 ff.); außerdem zur Politik der Zwangsarbeiterrekrutierung: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Verhandlungsniederschriften – hier: Monsieur Edgar Faure, Stellvertretender Hauptankläger für die Französische Republik; 36./37. Verhandlungstag, 17./18.01.1946 – Bd. V, S. 480ff; außerdem vom Centre Virtuel de la Connaissance sur L'Europe (CVCE) – european navigator/ena – folgende bereitgestellte Selbstzeugnisse: Horst Jecht/Die Entwicklung zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1943); Walter Funk/Das wirtschaftliche Gesicht des neuen Europa (1943); und schließlich: Reinhard Opitz/Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 – 1945, Pahl-Rugenstein Vlg., Köln 1975, 1. Aufl.
- 9 Gilbert Ziebura/Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945; Stuttgart 1997, hier: Monnet-Memorandum vom 3.5.1950 – S. 498-504
- 10 Dokumentation des Instituts für Internationales Wirtschaftsrecht/ Institut für Rechtsgeschichte-Universität Münster 1999; hier: Dokumente zum Europäischen Recht, Band 1 Gründungsverträge (<http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/eudoc/menu.htm>)

Politische Berichte – Schwerpunktbildung 2009/2010

Vorbemerkung

Nachdem die Partei Die Linke im Parteiensystem der BRD etabliert ist, geht es im Parteibildungsprozess nunmehr darum, wie dieses vorhandene soziale System die politischen Bestrebungen der Zeit aufgreift, verarbeitet und in den politischen Institutionen zum Tragen bringt. Dabei ist eine dreifache Integrationsleistung zu erbringen, die Binnenintegration der Partei, die es mit Identität und Traditionen der Mitgliedschaft zu tun hat, die Integration der Wählerschaft, die in Konkurrenz zu anderen Parteien gelingen muss, und schließlich die gesellschaftliche Integration, für die ein sachgemäßer und zielstrebigere Einsatz der öffentlichen Mittel entscheidend wirkt.

Integrationsleistungen bringen Abgrenzungen mit sich, es entsteht Streit und der damit verbundene Lärm kann zu dem Fehlurteil führen, dass Integration auf dem Wege von Abgrenzungen und Ausschließungsprozessen erreicht würde. Demgegenüber wäre festzuhalten, dass Integration sozialer Systeme auf den spezifischen Kooperationsmöglichkeiten beruht, die sie gewährleisten oder wenigstens erhoffen lassen.

Kooperationsmöglichkeiten im Parteizusammenhang entstehen dem ersten Anschein nach durch Eintritt, Anschluss in eine gegebene Struktur, deren Gegebenheit durch die Hierarchie verkörpert wird, hinter der man sich aufstellt oder einreicht. Dieses in jeder Partei wirksame Verfahren der Stabilisierung führt in Erstarrungsprozesse, weil es die oben erwähnten Integrationsleistungen behindert. Damit diese in Gang kommen können, ist geistige Beweglichkeit und Bewegungsfreiheit der Menschen erforderlich, aus denen die Partei besteht. Der „vernünftige Pluralismus“ (Rawls) muss deswegen durch die Grundstruktur der Partei gewährleistet sein.

Praktisch gesehen kann der vernünftige Pluralismus als Grundstruktur der Partei nur gewährleistet werden, wenn unabhängig die Meinungsbildung der Parteimitglieder möglich ist, und sie ist nur möglich, wenn Kooperationszusammenhänge wirksam werden können. Es entsteht daraus eine heikle Beziehung zwischen der Hierarchie, den Parteiämtern und den Menschen, die sie wahrnehmen und den Kooperationszusammenhängen („Strömungen“), die im Rahmen eines vernünftigen Pluralismus in der Partei wirken. Denn es ist unstrittig, dass manche Kooperationsangebote über die Parteispitzen in der Mitgliedschaft und in der Wählerschaft populär gemacht werden können. Die Strömungen kämpfen um Posten, um dieses Medium in ihre Hand zu bekommen. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht integrierend wirken muss, sondern eher desintegrierend wirken kann, denn hier walten die Kategorien von „Sieg“ und „Niederlage“, von „Herrschaft“ und „Unterwerfung“.

rend wirken kann, denn hier walten die Kategorien von „Sieg“ und „Niederlage“, von „Herrschaft“ und „Unterwerfung“.

Auf diese Situation hat unser Verein eine Antwort in der Gewährleistung von Unabhängigkeit gegenüber der Parteihierarchie gesucht. Es hat sich in den letzten beiden Jahren gezeigt, dass wir in der Lage sind, auch unter dieser materiell und ideell schwierigeren Bedingung einen Diskussionszusammenhang zu wahren, der sich in einer unabhängigen Publizistik äußert und in der Partei Ansätze zur einem analytischen Herangehen an die Fragen der Zeit stärkt.

Am Schluss dieser Vorbemerkung soll die These stehen, dass für die Integration nicht von irgendwoher angeflogene Ideen wichtig sind, sondern in aller Regel hart erarbeitete Ansichten, die Ansatzpunkte für integrierende politische Strategien bilden.

Wenn dies richtig ist, haben Einrichtungen zur politischen Meinungsbildung auch dann eine sinnvolle Funktion, wenn sie nicht auf die Eroberung von Führungspositionen aus sind und sie sich auch nicht als Denkfabriken begreifen, die Strategien fertigen, denen andere folgen. Es ist schon viel getan, wenn im Vorfeld fälliger Entscheidungen relevante Informationen zusammengesucht, gesichtet und für die Diskussion aufbereitet werden.

Es liegt auf der Hand, dass derartige Leistungen auch dann sinnvoll sind, wenn sie nicht „umfassend“ und „zu jeder Frage“ erbracht werden, sondern zu Schwerpunkten, die sich aus unseren eingegrenzten Möglichkeiten ergeben.

Spezifische Leistungen

Integration, Desintegration, Identität, Tradition usw.

Auf Grund der langjährigen Erfahrung und Praxis, die in unserem Arbeitszusammenhang besteht, tritt das Problem der politischen Identität besonders klar hervor. Was hat das, was man vor dreißig oder vierzig Jahren vertreten hat, zu tun mit dem, wofür man heute eintritt? Da gibt es viele Windungen und Wendungen. Warum? Zwei verschiedenartige eindringliche Erfahrungen machen es nötig, diesem Warum nachzugehen. Da ist zum einen die Rechtfertigung des politischen Opportunismus mit der Tendenz zur Schrankenlosigkeit, die bis hin zur Bejahung von zerstörerischen Kriegen der BRD geführt hat. Da ist zum anderen die Erstarrung in politischen Traditionen, deren ursprüngliche Entstehungsbedingungen längst nicht mehr gegeben sind, die etwa auf den Israel-Palästina-Konflikt schaut, als ginge es dort entfernt noch um eine Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und anticolonialer Befreiung.

Die Auseinandersetzung mit Traditionen und Deutungsmustern, die sich aus der Geschichtlichkeit von Theorie und ihrer Verankerung in der Biografie ergeben, ist umständlich, aber wichtig, wenn sich die im politischen Feld anzutreffenden Strömungen nicht unlösbar ineinander verhaken sollen. Wir haben in den „Politischen Berichten“ deswegen immer wieder Beiträge, die auf diese Ge-

Politische Berichte Auflagenentwicklung

Nummer	Bezieher	Exemplare	bezahlte	Normal	Sozialabo	Förder	Ostrabatt	Wiederverk	Freiabos
1/2007	300	446	349	217	5	43	1	83	96
<i>Änderungen 2006</i>	-17	-21	-22	-15	0	-3	-1	-3	0
<i>in %</i>	-5,4	-4,5	-5,9	-6,5	0,0	-6,5	-50,0	-3,5	0,0
24/2007	288	429	335	208	4	43	1	79	94
<i>Änderungen 2007</i>	-12	-17	-14	-9	-1	0	0	-4	-2
<i>in %</i>	-4,0	-3,8	-4,0	-4,1	-20,0	0,0	0,0	-4,8	-2,1
3/2009	273	396	313	191	5	40	1	76	83
<i>Änderungen 2008/2009</i>	-15	-33	-22	-17	1	-3	0	-3	-11
<i>in %</i>	-5,2	-7,7	-6,6	-8,2	25,0	-7,0	0,0	-3,8	-11,7

schichtlichkeit zurückgreifen, und wenn es um die Erklärung aktueller Konflikte geht, einen offenen Meinungsaustausch erleichtern können.

Europäische Politik und transatlantische Beziehungen

Die linken Parteien und Bewegungen werden sich in Europa und im transatlantischen Verhältnis zur Entwicklung einer gemeinsamen politischen Perspektive bequemen müssen. Trotz der bedeutenden Erleichterung, die das Internet für eine diskursive Auseinandersetzung mit solchen Fragen bietet, bleiben die Kulturschranken für die internationale Verständigung hoch, von Belang ist nicht nur die Sprachbarriere im technischen Sinne sondern auch die fehlende Kenntnis der in anderen Ländern wirksamen Traditionen, institutionellen Bedingungen usw.

Gewerkschaftsbewegung

Die in der innenpolitischen Strategie einigermaßen fest fundierte Bedeutung des Kampfes um Mindestbedingungen hat auch eine internationale Perspektive. Dabei lässt sich zeigen, dass Gewerkschaftsbewegung, Selbstorganisation und Solidarität weltweit von den arbeitenden Klassen getragen werden, die als Quelle berechtigter Ansprüche hervortreten und sich an die Weltöffentlichkeit wenden.

Zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen

Ähnlich wichtig ist es, einigermaßen kontinuierlich die Entwicklung der Zielvorstellungen zu registrieren, die sich in den zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Kampagnen zeigen und implizit wie explizit Anforderung an die linke Parteipolitik stellen.

Kommunale Politik

Bei der Politik auf der kommunalen Ebene geht es um Selbstverwaltung. Wegen dieses Zuschnitts zeigt sich in der kommunalen Politik, ob politische Kritiken die Wendung ins Praktische vertragen, und auch, wo dies gelingt und wo Schwierigkeiten oder Scheitern zu verzeichnen sind.

Regierungstätigkeit / Verbandstätigkeit

Aus gegebener politischer Erfahrung bzw. aus der entstandenen politischen Schwerpunktsetzung der „Politischen Berichte“ gibt es politische Aktivitäten der Regierungen bzw. der Spitzenverbände, die besonders auffallen und in den entsprechenden Rubriken registriert werden.

Ausarbeitungen

Die „Politischen Berichte“ sind nach wie vor eine Zeitschrift, die von politisch Aktiven erstellt wird. Das Konzept der Zeitschrift ist elastisch und thematisch aufnahmefähig. Die Redaktion freut sich über Themenvorschläge,

Kostenrechnung Politische Berichte 12 Ausgaben/Jahr, 24 Seiten

I. geschätzte Erlöse aus Aboverkäufen ir€ (inkl. gesetzl. MwSt von 7%)

Abonnenten: Stand November 2008

A	B	C	D	E	F = BxE + CxD
Typ	Bezieher	Exemplare	Einzelpreis	Versand	Summe
Normalabo	177	198	46,80 €	13,00 €	11.567,40 €
Förderabo	38	42	72,80 €	13,00 €	3.551,60 €
Ostabo	1	1	41,60 €	13,00 €	54,60 €
Ermäßigte	4	5	33,80 €	13,00 €	221,00 €
Buchhandel	27	75	38,30 €	0,00 €	2.872,50 €
Freiexemplare	39	59	0,00 €	0,00 €	- €
Werbeexemplare	8	22	0,00 €	0,00 €	- €
Insgesamt	279	402			18.267,10 €
abzgl. MwSt 7%					1.195,04 €
bezahlte Exemplare:		321	voraussichtl. Nettoerlöse		17.072,06 €

Herstellungskosten beim Verlag (Nettopreise)

Ausgaben:	12	Stundensatz:		52,50 €	
Art des Aufwands	Anzahl	Einheit	Einzelpreis	pro Ausgabe	pro Jahr
Redaktion Betreuung (jeweils freitags 4 h)	16,0	Stunden	52,50 €	840,00 €	10.080,00 €
Redaktion Zusammenstellung	16,0	Stunden	52,50 €	840,00 €	10.080,00 €
Druckvorlage herstellen (0,5 h je Seite)	12,0	Stunden	52,50 €	630,00 €	7.560,00 €
Endabnahme (Korrekturlesen)	4,0	Stunden	52,50 €	210,00 €	2.520,00 €
Druck, Falzen+Heften	402	Exemplare	0,48 €	190,99 €	2.291,88 €
Aboverwaltung	279	Adressen	0,14 €	39,06 €	468,72 €
Versand, inkl. Sachaufwand	279	Adressen	0,19 €	53,01 €	636,12 €
Porto Postvertrieb	265	Exemplare	0,34 €	90,97 €	1.091,69 €
sonstige Porti und Frachten				26,60 €	319,20 €
Grundentgelt Postvertrieb				66,67 €	800,00 €
Summe				2.987,30 €	35.847,61 €

Zuschußbedarf durch Herausgeber

in Rechnung zu stellen	pro Jahr	pro Monat
Herstellungskosten	35.847,61 €	2.987,30 €
minus Aboerlöse	-17.072,06 €	-1.422,67 €
Nettozuschußbedarf Herstellung	18.775,55 €	1.564,63 €
plus 7% MwSt	1.314,29 €	109,52 €
Bruttozuschußbedarf für Herstellung	20.089,84 €	1.674,15 €

Zuschussbedarf in Prozent: 56,0%

Vergleich mit 2008: Rechnungsbetrag: 1647,00 Euro, Erhöhung um 27 Euro/monatlich (1,6%)

die sich aus der vertieften Beschäftigung einzelner Genossen und Genossen mit Spezialthemen ergeben.

Parteileben

Am Parteileben der Partei Die Linke interessieren uns besonders Vorgänge, die Entwicklung oder Gefährdung des „vernünftigen Pluralismus“ betreffen.

Arbeitszusammenhänge

Viele Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift stehen in politischen Arbeitszusammenhängen, deren Aufrechterhaltung viel Energie kostet. Es ist sehr schwierig, Ressourcen für spezifische Gemeinschaftsprojekte im Rahmen der „Politischen Berichte“ bzw. des Vereins aufzutun. Diese Situation begrenzt die inhaltlichen Möglichkeiten der „Politischen Berichte“. Kann man da etwas dagegen tun? Am ehesten noch so, dass die Zeitschrift Ergebnisse von Kooperationsanstrengungen in weiteren Zusammenhängen aufgreift.

Auf jeden Fall benötigt der Verein und benötigt die Zeitschrift etwas mehr Betreuungsaufwand. Auch das ist ein Thema unserer Tagung.

Berichterstattung: *Martin Fochler, Alfred Küstler*

Diskussion „Linke Sozialpolitik in Ländern und Gemeinden, Schwerpunkte, Perspektiven“

Vortrag zu Schwerpunkten und Konfliktfelder in der kommunalen und regionalen Politik (Konzept)

Liebe Genossinnen und Genossen,
Art, Umfang und Dauer der Krise der Kapitalverwertung werden zu neuen Kombinationen von öffentlichem und privatem Bereich führen. Bemüht man die Bourdieusche Analyse der Kapitalformen, fällt auf, dass auch bei einer Stockung der Reproduktion des ökonomischen Kapitals die Produktion von Kulturkapital und Sozialkapital eine ganze Zeit weiterlaufen kann.

Die Produktion von Kulturkapital umfasst die Prozesse des Lernens, bis zu einem gewissen Grade aber auch der Forschung und Entwicklung.

Mit dem Begriff der Produktion von Sozialkapital lassen sich auch Tendenzen hin zu genossenschaftlichem Leben fassen.

Die Stockung der Kapitalverwertung hat sich aus der Steuerung sozialer Systeme unter Gesichtspunkten der Privation ergeben, extremes Beispiel bietet die Kannibalisierung von Firmen durch ihre Vorstände.

Jetzt finden Steuerungsimpulse Beachtung, die aus dem politischen System und der öffentlichen Meinung kommen und Wohlfahrtsvorstellungen zur Basis haben. Solche Wohlfahrtsvorstellungen können ausschließlich angelegt sein. Ein Beispiel dafür ist der historische Nationalsozialismus. Es ist deswegen von großer Bedeutung, in diesem Trend menschenrechtliche Grundsätze zu behaupten, die Kulturkreise und staatliche Hoheitsgebiete übergreifen. Im engeren Bereich des persönlichen und vergemeinschafteten Lebens stellt sich aus ähnlichen Gründen die Frage der Individual- und Bürgerrechte.

Vor dem Hintergrund solcher Risiken bietet die Situation aber auch die Chance einer Rückbesinnung auf und Weiterentwicklung von sozialen Techniken der genossenschaftlichen und kommunalen Selbstverwaltung. Wenn auch eine Politik denkbar – und in vielen Einzelfällen angemessen und richtig – ist, die im Wesentlichen versucht, Einbrüche zu überbrücken, wird es in der Auseinandersetzung mit ausschließenden Konzepten darauf ankommen, sich auf die Schaffung neuer bzw. neuartiger Strukturen konstruktiv einzulassen.

Gegenwärtig finden wir auf diesem weiten Feld eine Tendenz zum Kampf um den Status Quo und der Abwehr von Neuem vor. Wenn es um Ausbauten der Infrastruktur geht, überwiegend rot-grün-rot basiert, wenn es um den Umbau der Schulen geht, eher schwarz-gelb basiert. Der Gestus abwehrenden Beharrens ist keineswegs an die vorhandenen Parteilager gebunden. In einer solchen Situation tun sich Konfliktfelder auf, in denen – insbesondere im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung – Nachdenken und Handeln, wissenschaftliche Untersuchung und demokratische Abstimmungsprozesse nebeneinander vorangetrieben werden müssen. Das ist außerordentlich aufwändig und zwingt zu belastenden Kompromissen.

Ein Weg, um einen Schritt weiter zu kommen, könnte darin bestehen, die Konfliktfelder, die sich im laufenden Geschäft der Selbstverwaltung abzeichnen, aufzulisten und besonderes Augenmerk auf Analysen und Theorien zu richten, die sich damit beschäftigen; selbstverständlich auch auf die Beschlussfähigkeit.

Was sind die Themen, um die es geht? Das zeigt sich in

den Auseinandersetzungen, die laufen:

1. Baupolitik. Der Ausbau der Städte und der Infrastruktur stößt allenthalben auf erbitterten Widerstand. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Ausbaupläne nicht überzeugen, weil sie häufig nicht zu den Aufgaben passen, die durch die Entwicklung der Regionen zu metropolitanen Räumen gegeben sind, weil sie nicht aus Netzwerken entwickelt sind, sondern oft genug auf Stärkung schon vorhandener Monopolstrukturen. Daher gibt es Opposition, die auf die Opfer hinweist, die zu erbringen sind, und die Befürworter können Vorteile kaum kenntlich machen.

2. Erziehung, Schule. Im sozialen Leben stellen wir eine Verschiebung der wirksamen Gerechtigkeitsvorstellungen fest. Während sich in der Praxis die Vererbung des Status über die Generationen verfestigt hat, besteht die öffentliche Meinung auf einem Ausgleich der Bildungschancen für Kinder, Jugendliche und auch im weiteren beruflichen Leben. Ein Grund dieser Entwicklung mag in der Tendenz zur Singularisierung liegen, für viele Menschen ist die Beziehung zwischen Jung und Alt nicht mehr als Eltern-Kind-Beziehung fassbar, sondern als Beziehung zwischen den Generationen.

3. Regulierung des öffentlichen Raums. Aus der gleichen Quelle speisen sich Tendenzen zum genossenschaftlichen Leben, wie das von Tönnies als Produkt aus der Spannung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft prognostiziert wurde. Während z.B. der durch das Auto abgewickelte Individualverkehr eher auf Privation von Ausschnitten öffentlichen Raums hinausläuft, bildet das öffentliche Verkehrsmittel eine – oft allzu enge – Gemeinschaft. Es entstehen Tendenzen zur Regulierung des Betragens durch Einsatz von Gewaltmitteln.

4. Sozialtarife. Die Bedeutung der öffentlichen Güter bzw. der Infrastruktur für die Lebensführung erfordert Zugang auch für Verarmte. Ausschließung wirkt unter solchen Gegebenheiten mit archaischer Brutalität.

5. Gestaltender Einfluss. Die Aufgabe der Strukturierung der öffentlichen Güter wird zu einem Instrument der Lebensgestaltung, damit ist der Komplex von Individualität, Personalität und Freiheit betroffen. Ohne reale Chancen von Individuen und Gruppen zur unmittelbaren Beeinflussung dieser Struktur steht dieser ganze Komplex auf dem Spiel.

6. Finanzen. Für die breiten Bevölkerungskreise funktioniert Geld als Tauschmittel und als Wertaufbewahrungsmittel. Die spekulative Investitionstätigkeit ist ihre Sache nicht, über die Finanzierung langlebiger Konsumgüter, eventuell den Wohnungsbau gehen ihre Interessen nicht hinaus. Neue Regeln sollen dazu führen, dass diese Geldflüsse nicht unversehens in hochspekulative Anlagen gezogen werden. Auf die gleiche Weise können Probleme der Finanzierung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit nicht behandelt werden. Sie sind nach Art und Umfang oftmals investiv und enthalten spekulative Momente. Wie die kommunalen (und überhaupt die öffentlichen) Haushalte und Wirtschaftseinrichtungen von privaten abgegrenzt werden müssen, ist eine schwierige Frage.

Unsere Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt soll dazu führen, dass wir unsere begrenzten Mittel möglichst gezielt einsetzen. Das betrifft die Kommunikation über die „Politischen Berichte“, es geht aber auch darum, gezielt Chancen der Kooperation, die sich am Ort oder im weiteren Zusammenhang ergeben, wahrzunehmen.

Martin Fochler

(Bericht des Vorstands: Seite 1 dieses Hefts)

Protokoll der Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation vom 4./5. April 2009 in Frankfurt

Am 4./5. April 2009 führte der Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation seine Jahrestagung in Frankfurt, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12 durch.

Samstag, 4. April, Beginn 12.30

Die Einladung zur Mitgliederversammlung war ordnungsgemäß mit folgendem Tagesordnungsvorschlag erfolgt:

1. Konstituierung, Versammlungsleitung, Protokollierung, Beschluss über die Tagesordnung
2. Bericht der Redaktion Politische Berichte, Aufgabentwicklung, Neuwahl der Redaktion und der Herausgeber
3. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht, Bericht der Finanzprüfung, Beschluss über die Entlastung des alten Vorstandes, Neuwahl des Vorstandes, Bestimmung der Kassenprüfer, Beschluss über den Haushalt 2008/2009
4. Diskussion: „Linke Sozialpolitik in Ländern und Gemeinden, Schwerpunkte, Perspektiven“
5. Sonntag: Diskussion mit André Brie, Abgeordneter der Linken im Europaparlament: „Europas Außenpolitik und die friedenspolitische Strategie der LINKEN.“

Zu 1.)

1.1. Der Tagesordnungsvorschlag wurde einstimmig verabschiedet.

1.2. Mit der Versammlungsleitung und -protokollierung wurden beauftragt: B. Wolf, C. Cornides, C.-U. Monica.

Zu 2.)

2.1. Die Berichte zu den Politischen Berichten
– Zur Schwerpunktbildung, Martin Fochler
– zur Kostenrechnung und Aufgabentwicklung, Alfred Küstler wurden gebilligt.

2.2. Herausgeber und Redaktion wurden einstimmig bestätigt.

Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Redaktion: Christiane Schneider, Martin Fochler, Rüdiger Lötzer, Jörg Detjen, Alfred Küstler.

Die Zuordnung der Geschäftsbereiche der Redaktion wurde ebenfalls einstimmig bestätigt.

Zu 3.)

3.1. Der Bericht des Vorstandes wurde einstimmig gebilligt.

3.2. Die Jahresversammlung fasste dazu folgende Beschlüsse:

a) Änderungen, wie sie sich im Verlauf der Vereinseintragung ergeben haben, müssen zukünftig auch zwischen den Jahrestagungen an die Mitglieder besser kommuniziert werden.

b) Die Satzungsbeschlüsse der Vereinsgründung sollen nochmals in die Ergebnisse der Jahresversammlung aufgenommen werden.

c) Der Vorstand wird mit der Erarbeitung einer Regelung für Kostenerstattungen an Mitglieder des Vereins für Tätigkeiten entsprechend dem Vereinszweck sowie mit dem Vorschlag einer Beitragssatzung beauftragt.

3.3. Der Vorstandsbericht zum Haushaltsjahr 2008 wurde gebilligt.

3.4. Der Bericht zur Finanzrevision wurde vorgetragen. Auf Antrag der Finanzrevision wurde der Vorstand einstimmig entlastet.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 wurde einstimmig verabschiedet.

3.5. Wahlen Vorstand und Finanzrevision

Für den Vorstand wurden einstimmig gewählt:

Brigitte Wolf, Christoph Cornides (Sprecherin/Sprecher)
Rüdiger Lötzer (Schatzmeister)

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden einstimmig gewählt:

Jörg Detjen
Martin Fochler
Alfred Küstler
Christiane Schneider

Als Finanzrevisoren wurden einstimmig gewählt:

Michael Ohse
Harald Gindra

Zu 4.)

Dazu wurde der Vortrag „Schwerpunkte und Konfliktfelder in der kommunalen und regionalen Politik“ beraten.

Sonntag, 5. April, Ende 12 Uhr

Zu 5.)

André Brie referierte zum Thema: „Europas Außenpolitik und die friedenspolitische Strategie der LINKEN“

Abschließend verständigte sich die Jahresversammlung auf die in das Ergebnisheft aufzunehmenden Dokumente:

Zu 2.)

- Politische Berichte Schwerpunktbildung
- Politische Berichte Kalkulationsunterlagen

Zu 3.)

- Bericht des Vorstandes
- Finanzbericht
- Bericht Revisionskommission
- Finanzplan 2009

Zu 4.)

Vortrag Schwerpunkte und Konfliktfelder

Zu 5.)

- Vortrag André Brie
- Diskussionsbeitrag H. Hochberger
- Vereinssatzung

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Haushalt 1.1.-31.12.08

(Alle Angaben in Euro. Das Konto des Vereins besteht seit 1.6.08. Die Umstellung der Beitragszahlung auf das neue Konto und die Umstellung der Zahlungen für die PB begann ab 1. Juni 2008)

„Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften“,

Vermögen per 1.1.08
Kontostand 1.185,24 Euro,
Kassenstand 234,72 Euro

Einnahmen und Ausgaben des Forums (Verein i.L.)
vom 1.1.08 bis 30.6.08

Beiträge

a) Schleswig-Holstein	1.500,00
b) Hamburg	720,00
c) Niedersachsen	450,00
d) Hessen	1.224,00
e) Bayern	1.000,00
SUMME EINNAHMEN	4.894,00

Ausgaben

Aufwandentschädigungen	1.704,00
Reisekosten Arbeitsausschuss	798,50
Raumkosten Arbeitsausschuss	95,20
Kosten Geldverkehr	89,10
Porto u.a. Kosten	72,75
Kosten Vereinsgründung	194,18
Übertrag (Spenden an neuen Verein)	3.360,23
SUMME AUSGABEN	6.313,96
Konto- + Kassenbestand FORUM, 30.6.08:	0,00

Einnahmen und Ausgaben des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation...
(1.6.08 bis 31.12.08)

Beiträge

Beiträge aus Schleswig-Holstein	3.738,00
Beiträge aus Hamburg	1.752,00
Beiträge aus Niedersachsen + Bremen	5.302,90
Beiträge aus Berlin	2.091,20
Beiträge aus NRW	567,00
Beiträge aus Hessen	1.062,00
Beiträge aus Rheinland-Pfalz	0,00
Beiträge aus Baden-Württemberg	4.113,22
Beiträge aus Bayern	1.230,00
+ sonstige Einnahmen (Spenden Forum)	3.360,23
Gesamte Einnahmen	23.216,55

Ausgaben

Politische Berichte	17.797,00
Aufwandentschädigungen (Sommerschule)	1.200,00
Reisekosten Vorstand	759,70
Kosten der Vereinsgründung	276,73
Kontogebühren	70,57
Gesamte Ausgaben	20.104,00
SALDO	3.112,55

Kassenbestand per 31.12.08: 337,42 Euro.
Kontobestand per 31.12.08: 2.775,13 Euro
Berichterstattung: R.L., 25.1.09

FORUM / Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2008

1. Die Kassenprüfung durch die gewählten Kassenprüfer Harald Gindra und Michael Ohse fand am 27.3.2009 ab 18.30 Uhr statt.

2. Die Belege der Ein- und Ausgaben vom 1.1.2008 bis 31.12.2008 inklusive Eingangsrechnungen, die entsprechenden Kontoauszüge sowie die Barkasse lagen zur Prüfung vor und wurden stichpunktartig überprüft.

3. Das Forums-Vermögen in Höhe von 3.360,23 € wurde bei der Kontoauflösung wurde als (Eröffnungs-)Vermögen an den Verein überwiesen.

4. Das Vermögen zum 31.12.2008 in Höhe von 3.112,25 € ist wie im Kassenbericht angegeben. Die Barkasse lag vor und wurde gezahlt.

5. Die Kassenprüfer haben keine Beanstandungen und beantragen die Entlastung des Vorstands.

Als eine Anregung für die Vorstandsarbeit sehen wir unseren Vorschlag der Führung einer Mitgliederliste bzw. der Kontierung nach Einzelmitgliedern an.

Berlin, 27.3.2009

Harald Gindra / Michael Ohse

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Haushaltsplanung für 2009 (Angaben in Euro pro Jahr)

Nach den Einnahmen in Dez. 2008 / Jan. 2009 zu erwartende Einnahmen als Vereinsbeiträge:

SUMME **27.000,00**

Ausgaben

Rechnungen für Politische Berichte	20.088,00
Aufwandentschädigungen für Vorstandstätigkeit + Vorbereitung der Jahrestagung	1.200,00
Kosten der Jahrestagung	3.000,00
Reise- und Raumkosten für 2 Vorstandssitzungen im Jahr	2.000,00
Kontogebühren, sonstige Kosten,	
Ergebnisheft Jahrestagung	700,00
SUMME	26.988,00

R.L., 25.01.09

Gründungserklärung zum „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“

1.

Das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften ruft auf zur Gründung eines „Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ als Mitgliederverein und beauftragt seinen Vorstand zur Einleitung der notwendigen Schritte der Vereinsgründung.

Das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften empfiehlt seinen Mitgliedern bzw. den Mitgliedern seiner Trägerorganisationen den Beitritt zum „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ und empfiehlt die Fortsetzung der Unterstützung der Politischen Berichte als linke Zeitschrift durch den Verein.

2.

Der „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ wird die Arbeit im Sinne der Präambel der Satzung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften von 2004 fortsetzen:

*Satzung des Forum kommunistischer
Arbeitsgemeinschaften
Präambel der Satzung von 2004*

Das Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften ist ein Diskussions-, Organisations- und Arbeitszusammenhang der, entstanden aus der Neuen Linken, sich seit Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre in den vielfältigen Formen linker, sozialistischer und kommunistischer Politik entwickelt hat, zunächst in der BRD und seit 1990 im wesentlichen in den westlichen Bundesländern.

Die Entwicklung unserer politischen Positionen war und ist eng verbunden

- mit der Solidarität mit antikolonialen Befreiungskämpfen in den 60er und 70er Jahren und – daraus folgend – mit der Ablehnung der Vorstellung einer einheitlichen, von den westlichen Industriestaaten bestimmten Welt
- mit der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung und ihrem Auseinanderfallen im wesentlichen in eine von der Sowjetunion bestimmte Richtung und eine, die sich an der Kulturrevolution in China und dem „Maoismus“ orientierte
- dem Aufbau des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland), einer der sog. „K-Gruppen“ der 70er Jahre, die sich in dieser Auseinandersetzung an viele Positionen der KP Chinas anlehnte
- mit der Kritik wesentlicher Teile der Programmatik und Politik des KBW, seiner Spaltung im Jahr 1980 und der Gründung des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) und damit verbunden der Entwicklung einer Politik der Frontbildung gegen die Reaktion statt der Fortführung linker Organisationskonkurrenz
- seit Anfang der 90er Jahre dann mit der Auseinandersetzung mit der PDS, der Auflösung des BWK und der Bildung von „kommunistischen Arbeitsgemeinschaften“ in und bei der PDS. „Partei von unten“ waren und wären dabei nach wie vor unserer Meinung nach wichtige Zielsetzungen und Organisationsansätze.

Bleibende Grundsätze, auf die wir uns dabei noch heute beziehen, sind schlagwortartig:

- Karl Marx's Feststellung, der Kommunismus sei „die reale Bewegung, welche den gegenwärtigen Zustand aufhebt“, ihre „Bedingungen ergeben sich aus den jetzt bestehenden Voraussetzungen“.

- Die Kritik des Zentralismus als gesellschaftlichem Organisationsprinzip und dementsprechend das Eintreten für dezentrale, regionale, wo möglich örtliche Organisationsformen.

- Die Bedeutung der Kommune und kommunaler/regionaler Organisations-, Produktions- und Reproduktionszusammenhänge als Basis für reale Demokratie, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Veränderung.

- Die Notwendigkeit, die Unterstützung des gesellschaftlichen Widerstandes mit der Kritik und Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, dem Diskurs über die Wege der politischen Veränderung und dem Kampf um die öffentliche Meinung zu verbinden.

- Die Zielsetzungen der „Frontbildung gegen die Reaktion“ statt der linken Organisationskonkurrenz und der praktisch wirksamen sozialistischen Reformpolitik für ein besseres Leben statt der traditionellen Methodendiskussion „Reform und/oder Revolution“.

- Der Trennung von Parteipolitik einerseits, bei der es vor allem um die Verständigung auf gesetzliche Vorhaben und die Gewinnung von parlamentarischen Mehrheiten für die Realisierung dieser Vorhaben geht, und von öffentlichem Diskurs um die allgemeinen Ziele und Aufgaben sozialistischer Politik andererseits.

- Internationale, interkulturelle, persönliche praktische Solidarität gegen jede Ausgrenzung und Diskriminierung als Grundelement jeder linken Politik.

3.

Der „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ sieht sich in der Tradition der Arbeit des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, das seine allgemeinen Ziele wie folgt bestimmt hatte:

„Das Forum ist dem Ziel der Emanzipation des Menschen verpflichtet, das allgemein mit Vorstellungen wie: „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ und „Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen“ beschrieben werden kann.

Das Forum möchte mit seiner Arbeit Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen und dadurch zum Widerstand ausgebeuteter und unterdrückter Menschen beitragen. Damit steht das Forum im Diskussions- und Praxiszusammenhang sozialistischer Politik.

In der Diskussion der Ziele sozialistischer Politik argumentiert das Forum gegen alle Tendenzen, die gesellschaftlich entstandene hierarchische und zentralistische Arbeitsteilung, die die Entwicklung des einzelnen wie ganzer Länder, Regionen und Gemeinden zur Farce macht, wie ein Naturgesetz hinzunehmen und die menschliche Arbeit dem Gesetz der Produktion von Mehrwert und Profit unterzuordnen.

In der Diskussion der politischen Verfassung vertritt das Forum die Ansicht, dass die Todesstrafe, Folter und lebenslange Haft sowie das Recht von Staaten, Krieg zu führen, abgeschafft werden müssen. Im Gegensatz zu allen Positionen, die den Ausbau staatlicher Repressionsmittel befürworten, tritt das Forum dafür ein, diese durch politischen Kampf und gesetzliche Änderungen zurückzudrängen.

Das Forum fördert in den politischen und sozialen Bewegungen der Zeit Forderungen und praktische Ansätze von politischer Selbstverwaltung und wirtschaftlicher Selbsttätigkeit.

Die hierarchische Organisation der Gesellschaft führt wie

selbstverständlich zur Ausschaltung der am härtesten arbeitenden Bevölkerungsteile aus der öffentlichen Meinung. Dies ist eine stetige Quelle inhumaner Politik. Die hierarchische Organisation der Lohnarbeit führt auch in der sozialistischen Politik leicht zu einer Vernachlässigung der Ansichten jener Menschen, die durch die Verhältnisse bis hin zum Verstummen unterdrückt werden und auf die sich unsere Vereinigung bezieht.

Mit Sondergesetzen und einer Vielzahl diskriminierender Bestimmungen hat die BRD die Bevölkerungsteile mit ausländischer Staatsangehörigkeit unter besondere Aufsicht gestellt, besonderen Schikanen unterworfen und verweigert ihnen politische und allgemeine Menschenrechte. Diese besondere Unterdrückung einer riesigen Bevölkerungsgruppe ist eine ständige Quelle reaktionärer Entwicklung. Die Unterstützung des Widerstandes gegen

diese Verhältnisse und Gesetze ist ein besonderes Anliegen des Forums.

Das Forum hält bei aller Erbitterung, die im politischen Tagesgeschäft unvermeidlich aufkommt, an der Einsicht fest, dass die Triebfeder der sozialen Befreiung verschiedenste politische Strömungen, Bewegungen und Parteien hervorgebracht hat, die zur Abwehr von Faschismus und Repression, imperialistischem Krieg und materiellem Elend beitragen. Für erfolgversprechende Schritte zur Emanzipation des Menschen halten wir die Zusammenarbeit und den Dialog aller dieser Kräfte für unverzichtbar.

4. Mit der Gründung und Eintragung des neuen Vereins in das Vereinsregister wird das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften verbleibende Vermögensbestände an den Verein übertragen und seine Tätigkeit einstellen.

Satzung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“
- (2) Er ist bundesweit tätig und hat den Sitz in Köln.
- (3) Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Köln eingetragen.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 51 ff) in der jeweils gültigen Fassung.

Zweck des Vereins ist

Förderung von Bildung, Erziehung und Kultur durch die Teilnahme an der politischen Bildungsarbeit und durch eigene Bildungsanstrengungen und die Ausbildung seiner Mitglieder, die Unterstützung und Mitwirkung an linken, emanzipatorischen Kommunikationsmedien und die Unterstützung und Förderung linker Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Institutionen.

(2) Dazu beteiligt sich der Verein an regionalen und überregionalen Workshops, Seminaren und anderen Formen der politischen Bildung und Ausbildung (offene Schule), die den Mitgliedern des Vereins und anderen Interessierten helfen sollen, sich Fach- und Spezialwissen zu erschließen, um gesellschaftliche Prozesse und Gegenstände der politischen Debatte sowie die damit verfolgten Interessen besser zu verstehen und kritisch analysieren zu können.

Der Verein unterstützt Kommunikationsmedien und Publikationen, die diesen Grundsätzen entsprechen und nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind. Er bildet seine Mitglieder und andere Interessierte in ihrer Handhabung und Nutzung aus und unterstützt diese Medien durch inhaltliche Mitarbeit und, soweit das erforderlich und möglich ist, durch Aufbringung von Spenden.

§ 3 Selbstlosigkeit

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel der Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder des Vereins dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.

- (3) Die Mitglieder dürfen bei ihrem Ausscheiden oder bei

Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens erhalten.

- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

(1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, die seine Ziele unterstützt.

(2) Über den Antrag auf Aufnahme in den Verein entscheidet der Vorstand.

(3) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.

(4) Der Austritt eines Mitgliedes erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen.

(5) Wenn ein Mitglied gegen die Ziele und Interessen des Vereins schwer verstoßen hat oder trotz Mahnung mit dem Beitrag für sechs Monate im Rückstand bleibt, so kann es durch den Vorstand mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden.

Dem Mitglied muss vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Rechtfertigung bzw. Stellungnahme gegeben werden.

Gegen den Ausschlussbeschluss kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Mitteilung des Ausschlusses Berufung eingelegt werden, über den die nächste Mitgliederversammlung entscheidet.

§ 5 Beiträge

Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. Zur Festlegung der Beitragshöhe und -fälligkeit ist eine einfache Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden stimmberechtigten Vereinsmitglieder erforderlich.

§ 6 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung

§ 7 Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus mindestens einer Sprecherin (Vorsitzende) und einem Sprecher (Vorsitzender) und einem/einer Schatzmeister/in. Dem Vorstand können weitere Mitglieder angehören. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Je zwei Vorstands- »

- » mitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt.
- (2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von höchstens zwei Jahren gewählt. Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist möglich. Die Sprecherin, der Sprecher und der/die Schatzmeister/in werden von der Mitgliederversammlung in besonderen Wahlgängen bestimmt. Die jeweils amtierenden Vorstandsmitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit im Amt, bis Nachfolger gewählt sind.
- (3) Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Vereins.
- (4) Vorstandssitzungen finden jährlich mindestens zwei Mal statt. Die Einladung zu Vorstandssitzungen erfolgt durch den oder die Sprecher/in bzw. ein damit beauftragtes Vorstandsmitglied schriftlich unter Einhaltung einer Einladungsfrist von mindestens 14 Tagen. Vorstandssitzungen sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.
- (5) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.
- (6) Beschlüsse des Vorstands können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu diesem Verfahren schriftlich oder fernmündlich erklären. Schriftlich oder fernmündlich gefasste Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von einem damit beauftragten Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

§ 8 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist einmal jährlich einzu-berufen. Sie bestimmt die Versammlungsleitung.
- (2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist ein-zuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel der Vereinsmit-glieder schriftlich und unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt wird.
- (3) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich durch den Vorstand unter Wahrung einer Ein-ladungsfrist von mindestens vier Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens fol-genden Tag. Es gilt das Datum des Poststempels. Das Ein-ladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich be-kannt gegebene Adresse gerichtet ist.
- (4) Die Mitgliederversammlung als das oberste beschluss-fassende Vereinsorgan ist grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, sofern bestimmte Aufgaben gemäß dieser Sat-zung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen wur-den.
- Ihr sind insbesondere die Jahresrechnung und der Jahres-

bericht zur Beschlussfassung über die Genehmigung und die Entlastung des Vorstandes schriftlich vorzulegen. Sie bestellt zwei Kassenprüfer, die weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören, um die Buchführung einschließlich Jahresabschluss zu prüfen und über das Ergebnis vor der Mitgliederversammlung zu berichten.

- (5) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversamm-lung wird als beschlussfähig anerkannt, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme.
- (6) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (7) Die Mitglieder des Vereins in den einzelnen Bundes-ländern können Vertrauenspersonen benennen, die zu den Vorstandssitzungen eingeladen werden.

§ 9 Satzungsänderung

(1) Für Satzungsänderungen ist eine 2/3-Mehrheit der er-schienenen Vereinsmitglieder erforderlich. Über Satzungs-änderungen kann in der Mitgliederversammlung nur ab-gestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hin-gewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt wor-den waren.

(2) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts-oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern als-bald schriftlich mitgeteilt werden.

§ 10 Beurkundung von Beschlüssen

Die in Vorstandssitzungen und in Mitgliederversamm-lungen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und vom Vorstand zu unterzeichnen.

§ 11 Auflösung des Vereins und Vermögensbindung

(1) Für den Beschluss, den Verein aufzulösen, ist eine 3/4-Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitigem Ankündigung in der Einladung zur Mitglie-derversammlung gefasst werden.

(2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbe-günstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine gemeinnützige Einrichtung/öffentlich-rechtliche Körper-schaft, die es ausschließlich und unmittelbar für gemein-nützige Zwecke zu verwenden hat.

Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vereinsver-mögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V.:

Kontakt, Mitglied werden, Beitrag zahlen ...

... in all diesen Angelegenheit ist Ansprechpartner: Alfred Küstler, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart.
Telefon: 0711-624701, Fax: 0711: 621532, Email: alfred.kuestler@gnn-verlage.com.

Nächste Jahrestagung am 27./28. März 2010 in Hannover

Naturfreundehaus in der Eilenriede, Hermann-Bahlsen-Allee 8, 30655 Hannover

Wer zu den jährlichen öffentlichen Versammlungen des Verein eingeladen werden möchte, erfährt das entweder aus den „Poli-tischen Berichten“ oder er kann uns seine Email-Adresse angeben und wird per Mail daran erinnert.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 5 Euro im Monat. Das Mitglied zahlt seinen Beitrag auf das Vereinskonto:
Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V., Konto Nr. 131122602 bei der Postbank, BLZ 500 100 60.

Impressum: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation e.V., c/o GNN Verlag, Venloer Str. 440,
50825 Köln. Herausgegeben vom Vorstand: Christoph Cornides.